

BLICKPUNKT PLENUM

19. – 21. April 2016

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Gute Arbeit heißt: Keine Angst vor sozialem Abstieg

Es ist ein gutes Signal, dass das Gesetzgebungsverfahren zum Entwurf von Bundesministerin Nahles zur Bekämpfung des Missbrauchs bei Leiharbeit und Zeitverträgen nach monatelanger Blockade durch die Union, vor allem der CSU, nun in Gang gesetzt wurde. Dies muss jetzt zügig vorangetrieben werden. Gleichzeitig fordert die SPD-Landtagsfraktion die schwarz-grüne Landesregierung auf, die Gesetzesinitiative zu unterstützen.

Eine dramatisch gesunkene Tarifbindung, vor allem verursacht durch Tarifflicht von Arbeitgebern, ein angewachsener Niedriglohnsektor, eine Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigung durch Leiharbeitsverhältnisse und teils sehr dubiose Werkvertragskonstruktionen, die eine zweite Lohnstruktur einführen, gefährden das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Gute Arbeit mit fairen Löhnen ist aber nicht nur ein wirksamer Schutz gegen Altersarmut, sondern nimmt den Menschen auch die Angst vor einem sozialen Abstieg.

Den ausufernde Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu Lohndumping und Umgehung von Tarifregelungen mit notwendigen gesetzlichen Regelungen zu beenden, ist, neben der bereits auf Druck der SPD erfolgten Einführung des Mindestlohns und des Tarifautonomiegesetzes, eine weitere wichtige politische Aufgaben, um einen fairen Arbeitsmarkt zu gestalten. Gleichzeitig fordern wir die umgehende Novellierung des hessischen Tariftreue- und Vergabegesetzes, um endlich ein weiteres wirksames Instrument gegen Lohndumping und Lohnbetrug zu haben.

SPD fordert Wohnungsbaukoordinator

Die schwarz-grüne Landesregierung agiert in der Wohnungspolitik in Hessen kraftlos und ohne Nachdruck. Das Wenige was passiert, wird den tatsächlichen Problemen auf dem Wohnungsmarkt nicht gerecht.

Hessen braucht wieder einen Wohnungsbaukoordinator, der mit Kommunen Flächen verhandelt, der bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) vorstellig wird, und der für eine kraftvolle Administration der Programme sorgt.

Darüber hinaus werden die neuen Wohnraumbedarfszahlen, die der Landesregierung vorliegen, nicht veröffentlicht. Wenn das richtig ist, was man erfährt, muss Hessen ein weiteres Programm in Höhe von 50 Millionen Euro für den Bau von Sozialwohnungen und für mittlere Einkommen auflegen, da der Bedarf weitaus höher liegt, als bisher prognostiziert.

Weiter kritisiert die SPD das Agieren der Landesregierung bei der Allianz für Wohnen. Wichtige Akteure sind nicht bereit das Abschlusspapier zu unterzeichnen, weil es nur eine Ansammlung von Allgemeinplätzen darstellt.

Die SPD beanstandet, dass im Hessischen Wohnraumfördergesetz die Landesregierung den öffentlich geförderten Wohnraum nicht prioritär behandeln will. Auch sind Einkommensgren-

zen für Sozialwohnungen zu niedrig und die Bindungsdauer für Sozialwohnungen zu kurz.

Schwarz-Grün kürzt weiter Lehrerstellen

Kultusminister Lorz gibt dem Druck von Eltern, Schülern und der Opposition nach. Die Proteste der vergangenen Wochen zeigen Wirkung. Angesichts der aktuellen Umfragewerte zieht Schwarz-Grün offenbar die Notbremse. Zwar bewegt sich Kultusminister Lorz ein wenig, aber nicht genug. Nur Abstand von noch nicht vollzogenen Kürzungen zu nehmen, reicht noch lange nicht aus.

Die bereits erfolgten Kürzungen in der Oberstufe werden keineswegs zurückgenommen. Gleiches gilt für die bereits gestrichenen 150 Stellen an den Grundschulen. Chancengleichheit und Möglichkeiten zur individuellen Förderung werden in Hessen unter Schwarz-Grün weiter abgebaut.

Die schwarz-grünen Beschwichtigungsversuche und statistischen Schönrechnereien der vergangenen Wochen lösen sich in Luft auf. Kultusminister Lorz hat daraus hoffentlich gelernt, dass Schulpolitik nur mit den Betroffenen vorangebracht werden kann. Unterm Strich bleibt dieser Versuch des Bildungsabbaus durch die Hintertür ein Kommunikationsdesaster für den Minister.

SPD steht für Erhalt der Arbeitsplätze bei K & S

Auch nach 17 Jahren CDU-Regierungsführung in Hessen ist man leider von einer nachhaltigen Lösung bei der Salzabwasserproblematik noch weit entfernt. Die CDU hat in ihren vergangenen Regierungsjahren wertvolle Zeit verstreichen lassen mit dem Ergebnis, dass sich nun viele Probleme angehäuft haben. Leidtragende dieser Untätigkeit sind in erster Linie die Beschäftigten in der Kaliindustrie, die durch die Untätigkeit der ehemaligen CDU-Umweltministerinnen und -minister in tiefer Sorge um ihre Arbeitsplätze sind. In der Kaliindustrie sind 4500 Menschen beschäftigt, insgesamt sind über 7000 Arbeitsplätze betroffen.

Wir erkennen an, dass sich Umweltministerin Hinz im Gegensatz zu ihren CDU-Vorgängern zumindest ernsthaft um Lösungen bemüht.

Es ist jedoch auch klar, dass nicht alle im Bewirtschaftungsplan Salz genannten Maßnahmen von dem Unternehmen Kali & Salz mitgetragen werden. Insbesondere das Einstapeln von Rückständen wird von dem Unternehmen sehr kritisch beurteilt.

Ein Affront ist jedoch die Tatsache, dass der niedersächsische Umweltminister Wenzel von Bündnis 90/Die Grünen diesem Plan zugestimmt hat, um ihn zwei Wochen später zu kritisieren. Hier haben wir deutliche Worte der hessischen Umweltministerin gegenüber dem Amtskollegen aus Niedersachsen vermisst.

Die SPD wird im Interesse der Arbeitnehmer sowie des Wirtschaftsstandortes Hessen diesen Prozess weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten. Wesentlich für den Erfolg wird sein, wenn alle Beteiligten für Vertrauen und Transparenz sorgen.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde